

Aus der Arbeit des Landesverbandes Brandenburg

(Zuarbeit für die Ausgabe *geschichte für heute* H. 1/ 2020)

Kein weiter so! - Ein erneuter Diskurs über den Geschichtsunterricht in Brandenburg ist unerlässlich!

Die Bildungspolitik in Brandenburg befindet sich gegenwärtig in einem politischen Aggregatzustand des Beharrens, sie steckt seit langem in einer Stagnationsphase sowie in einer zum großen Problem gewordenen hausgemachten Personalkrise mit verheerenden Folgen für den Unterricht, vor allem im Primarstufenbereich. Mit wiederkehrender Kritik begleiteten wir ebenso lange den politisch tolerierten Angriff auf die Fachautonomie Geschichte sowie den unverantwortlichen Abbau von Fachlichkeit und Qualität im Bildungsangebot.

Auch wenn der Diskurs um einen qualitativ hochstehenden Geschichtsunterricht 2014 nicht zu den gewünschten Resultaten geführt hat, sondern sogar eine weitere Reduktion dieses Faches im Bildungskanon der Schulen stattfand, hat sich der Landesverband nicht entmutigen lassen, sich mit aller Konsequenz erneut im Vorfeld der Landtagswahlen im September 2019 für diesen Bildungsbereich weiter entschlossen einzusetzen (siehe *gfh* 1/2015).

Ausgehend von den zahlreichen Ankündigungen und Versprechen der Parteien zu den Landtagswahlen im September 2019, die Bildungspolitik in den Mittelpunkt künftiger Regierungsarbeit zu stellen, wagten wir es zum wiederholten Male, die politischen Mandatsträger sowie die Verantwortlichen in verschiedenen bildungspolitischen öffentlichen Institutionen auf das Dilemma unseres Faches im Bildungskanon aufmerksam zu machen und ließen ihnen sowie auch der Presse (am 15.08.2019) unser "Positionspapier" in den Wochen vor den Wahlen zukommen (siehe *gfh*, 4/2019)

In Vorwegnahme einer genaueren Analyse der Rückantworten und deren Veröffentlichung auf unserer Homepage und im *gfh*-Landesbericht soll hier nur so viel betont werden, dass namhafte Institutionen nicht nur unsere Sorge über den Niedergang der historischen Bildung im schulischen Bereich teilen, sondern die Durchsetzung der fünf Forderungen unseres Positionspapiers unterstützen. Stellvertretend sei hier die *Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* genannt. Von dort wurde uns im Juli 2019 mitgeteilt: "Wir halten dies(es) (Positionspapier) für eine wichtige Initiative und teilen ihre Bedenken zur momentanen Situation des Faches Geschichte. Gerade in Bezug auf eine adäquate Vermittlung von DDR-Geschichte im Unterricht sowie einer Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen weltweit und ihre Folgen, ist die Stärkung des Faches Geschichte sowohl quantitativ als auch qualitativ unerlässlich." Im September 2019 erhielten wir des Weiteren ein Antwortschreiben vom Direktor des *Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung* in Potsdam. Prof. Dr. Martin Sabrow betonte darin: "Ich teile natürlich die Überlegungen des Positionspapiers zur Bedeutung historischer Bildung und kann mich Ihren Forderungen nur anschließen, die darauf zielen, Geschichte als eigenständiges Unterrichtsfach auf allen Schulstufen zu erhalten und die Neugier auf Geschichte zu stärken, die Lust und Last an der Vergangenheit kritisch und kontrovers zu verfolgen erlaubt."

Von immenser Bedeutung für unser Ringen um eine dringende Aufwertung des Faches Geschichte sind die Anregungen von Prof. Dr. Julius Schoeps aus dem MOSES MENDELSSOHN ZENTRUM in Potsdam. Er hebt in seinem Schreiben u. a. hervor, dass er unserer "Analyse und Bestandsaufnahme" zustimmt. "In der Tat beobachten wir schon seit langem, wie das Fach Geschichte sozusagen mehr und mehr als diffuse Ansammlung von Geschehenem angesehen wird, die beliebig genutzt bzw. benutzt

werden kann [...] Wie dieser Zustand geändert werden soll, dazu haben Sie mit Ihren Forderungen Position bezogen."

Zur grundsätzlichen Änderung dieser Situation in Brandenburg wäre als erster Schritt ein Ideenaustausch zu initiieren. Damit "wird auch die schon lange geführte Debatte um den Charakter von Geschichte neu belebt, indem man fragt: Ist Geschichte eine wissenschaftliche Disziplin oder handelt es sich hierbei um Literatur... Deshalb rege ich an, dass Sie als Geschichtslehrerverband des Landes Brandenburg im Verbund mit den wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes Brandenburg eine Diskussion - etwa eine Tagung oder ein Kolloquium - beginnen, wo systematisch diese Fragen auf den Prüfstand kommen."

Im Frühjahr 2020 wird der Vorstand gemäß dieser Empfehlung Vorbereitungen für eine Tagung mit breiter gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Teilnahme treffen.

Die Presse, die wir ebenfalls angeschrieben haben, fand bis zu den Wahlen keine Möglichkeit, unsere dargelegten Sorgen und Forderungen zu veröffentlichen. Vom MBJS erhielten wir bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe keine Antwort zu unserem Schreiben vom 15.08.2019 mit dem Positionspapier.

Vorstandsarbeit und Mitgliederbewegung

Der Vorstand, der sich am 07.09.2019 in Berlin traf, beschäftigte sich mit dieser oben genannten Öffentlichkeitskampagne des Landesverbandes. Die Auswertung zu den politischen und administrativen Reaktionen wird - wie oben genannt - dem Verband die Argumente und inhaltlichen Grundlagen liefern, die wir für die Tagung im Herbst 2020 benötigen.

Als neue Mitglieder begrüßen wir seit Sommer 2019 **H i l d e M ü l l e r** aus Berlin und **R o b e r t H a n s a c k** aus Berlin. Sie ist Fachlehrerin für Geschichte, Spanisch und Französisch am Immanuel-Kant-Gymnasium in Teltow und er ist Fachlehrer für Geschichte und Politische Bildung an der Linden-Schule in Oranienburg. Herzlich willkommen! Wir freuen uns über diese Verstärkung für eine Verbandsarbeit, die mehr denn je auf den quantitativen und qualitativen Erhalt des Faches Geschichte in Brandenburg gerichtet ist.

Dr. Günter Kolende

Potsdam